

LEITBILD INTEGRATION



Konzept / Fotos: Rederei, Sabine Käch
Layout: himmelblau, Burgdorf
Druck: Haller & Jenzer, Burgdorf



Ein Integrationsleitbild der Stadt
und der ev. ref. Kirchgemeinde



» Inhaltsverzeichnis

Vorwort: Ueli Arm, Gemeinderat, Burgdorf	3
<hr/>	
Leitbild	
Integration – ein gemeinsamer Prozess	4
Integration braucht Organisation und Führung	5
Wissen – die Brücke zum Neuen	6
Menschen handeln politisch	7
Konflikte brauchen faire Lösungen	8
Erwerbsarbeit – ein Schritt zur Unabhängigkeit	9
Sprache lernen – das Umfeld verstehen	10
Impressum	11

» Vorwort

Alle Menschen haben die gleichen Rechte und grundsätzlich einen Anspruch auf Gleichbehandlung, ungeachtet ihrer Nationalität und ethnischen Herkunft, ihrer Religion und ihres Geschlechts. Dem Gemeinderat der Stadt Burgdorf ist es ein wichtiges Anliegen, dass sich alle Bewohnerinnen und Bewohner in unserer Stadt wohl fühlen. Er hat sich daher in einem seiner Legislaturziele 2000–2004 verpflichtet, die Integration von Ausländerinnen und Ausländern aktiv zu verbessern. Die verantwortliche Behörde, die Integration als dynamischen Prozess versteht, will eine führende Rolle übernehmen, um strukturelle und gesellschaftliche Barrieren abzubauen und soziale Benachteiligung zu bekämpfen.

Menschen aus anderen Kulturen benötigen oft besondere Unterstützung, vor allem dann, wenn sie aufgrund ihrer persönlichen Geschichte traumatische Erlebnisse und Fluchterfahrungen verarbeiten müssen. Ziel muss sein, die ausländische Wohnbevölkerung in ihren Alltagsproblemen zu beraten und die soziale und rechtliche Situation so zu verbessern, dass sie sich in der ungewohnten Umgebung zurecht finden und das Gefühl einer neuen Heimat entwickeln kann.

Das Zusammenleben verschiedener Kulturen verlangt gegenseitige Toleranz und Verständnis. Toleranz bedeutet Respekt und Anerkennung, Auseinandersetzung und das Überprüfen der eigenen Standpunkte. Toleranz heisst auch hinschauen und Fragen stellen, wenn Wertvorstellungen fremd und Verhaltensweisen unverständlich sind. Integration und Zusammenleben müssen immer wieder geübt und ausgehandelt werden.

Toleranz lernen ist ein vordringliches Bildungsziel unserer Gesellschaft. Um die Defizite der Intoleranz zu beseitigen, braucht es grosszü-

gige gesellschaftliche und politische Rahmenbedingungen, aber auch gemeinsame Ereignisse wie multikulturelle Feste, Diskussionen und geeignete Begegnungsorte. Zugewanderte Menschen haben ihre eigenen Fähigkeiten und vielfältige Kompetenzen, die sie zum Wohle der gesamten Gesellschaft einbringen können. Die Rahmenbedingungen müssen so gestaltet sein, dass dieses Potenzial gefördert werden kann. Es braucht überdies eine umfassende Aufklärung über die kulturellen, sozialen, wirtschaftlichen, politischen und religiösen Wurzeln von Intoleranz – und damit über die Ursachen von Gewalt, Ausgrenzung und sozialer Benachteiligung.

Das Leitbild richtet klare Forderungen an Politikerinnen und Politiker, an Behörden und an die Bevölkerung. Damit soll eine verbindliche, städtische Migrationspolitik entwickelt werden, die das Thema Integration ernst nimmt, die Solidarität zwischen verschiedensten Kulturen fördert und alle Beteiligten zur Gestaltung einer gemeinsamen Zukunft auffordert. In unserer Stadt, in der Menschen aus über 70 Nationen leben, brauchen wir zukunftsgerichtete Lösungen, kreative Beiträge und ein engagiertes Mitwirken aller in Burgdorf lebenden Personen, um die im Leitbild formulierten Ziele zu verwirklichen.

Mit ihrer tatkräftigen, stets engagierten Mitarbeit und vielen kritisch geführten Diskussionen haben Ruth-Gaby Vermot, Nurhan Shehu, Marianne Stettler, Gabriela Rutschmann, Vivekanantha Poopalapillai, Andrea Probst und Frank Richter die Grundlage geschaffen, um die Entwicklung des positiven Umgangs mit Vielfalt und Differenz in Gang zu setzen.

*Ueli Arm, Gemeinderat
Ressort Soziales und Gesundheit*

«Integration ist ein gegenseitiger Prozess, ein Aushandeln von Kulturanteilen, ein sich Anpassen und sich nicht Aufgeben»

» Integration – ein gemeinsamer Prozess

In Burgdorf leben Menschen aus rund 70 verschiedenen Ländern. Die einen sind in dieser Stadt geboren oder zugezogen, andere kamen als Arbeitskräfte oder sind auf der Flucht aus ihrem Herkunftsland in die Stadt gekommen. Unter ihnen gibt es besonders verletzte Menschen: Kinder, unbegleitete Jugendliche, alleinerziehende Eltern und alte Menschen. Viele sind traumatisiert und geprägt von Kriegs- und Gewalterlebnissen. Trotz unterschiedlichster Lebensgeschichten, Lebensbedingungen und Zukunftshoffnungen haben alle diese Menschen Ansprüche an die Stadt: sie möchten Anerkennung, Würde und Sicherheit erfahren.

Grundsatz

Die Stadt Burgdorf fördert die Integration aller Menschen und ermöglicht ihren ausländischen Bewohnerinnen und Bewohnern einen umfassenden Zugang zu gesellschaftlich wichtigen Gütern wie Information, Bildung, Wohnen, Gesundheit und Kultur. Die Behörden setzen sich ein für eine Stadt, in der niemand aufgrund seiner sozialen und geographischen Herkunft, seiner Religion, seines Geschlechts, seines Alters oder seines Aussehens diskriminiert und ausgegrenzt wird. Burgdorf fördert bewusst und nachhaltig die Chancengleichheit zwischen einheimischen und ausländischen Mitbürgerinnen und Mitbürgern.

» Handlungsbedarf

Stelle einer Integrationsfachperson schaffen
Umsetzen der Legislaturrichtlinien zur Integration
Schaffen von Gremien, die bei der Entwicklung von Integrationszielen und -aufgaben mitbeteiligt sind

«Jemand muss verantwortlich sein für die Integration»

» Integration braucht Organisation und Führung

Integration ergibt sich nicht von selbst, sie muss gewollt, initiiert, geplant und umgesetzt werden. Dafür braucht es eine verantwortliche Behörde, eine zuverlässige Finanzierung und den Einbezug von Vertretern und Vertreterinnen der Zielgruppen – Ausländer und Schweizerinnen. Die Vernetzung der Information in den verschiedenen Verwaltungsbereichen und Ämtern ist unabdingbar, wenn Transparenz und Offenheit angestrebt und gesamtstädtisch verwirklicht werden sollen.

Die Stadt Burgdorf stellt ihrer ausländischen Bevölkerung eigene Integrationsangebote zur Verfügung. Sie verfolgt die gesellschaftlichen Veränderungen und nimmt Entwicklungen in der Integrationsarbeit zum Anlass, ihre Angebote zu überprüfen. Sie zählt auf die inhaltliche Vernetzung, die Zusammenarbeit und die finanzielle Partnerschaft mit dem Kanton und dem Bund. Auf diese Weise können die Integrationsangebote den unterschiedlichen Bedürfnissen der ausländischen und einheimischen Wohnbevölkerung angepasst, koordiniert und in ihrer Qualität überprüft werden.

Grundsatz

Die Stadt Burgdorf ist für die Entwicklung, die Umsetzung und Einhaltung von Integrationszielen verantwortlich. Sie stellt die erforderlichen Finanzen zur Verfügung, schafft sinnvolle Strukturen und ernennt verwaltungsintern fachlich kompetente Personen, die sich mit der Integration befassen. An der Konzeptarbeit und ihrer Umsetzung sind die verschiedenen Zielgruppen und ihre Organisationen beteiligt. Bei finanziellen, inhaltlichen oder personellen Entscheiden haben die Vertreterinnen und Vertreter der einheimischen und ausländischen Bevölkerung das Mitspracherecht.

» Handlungsbedarf

Definition der Ziele und Massnahmen der Integration
Organisatorische Bedingungen schaffen, damit die ausländische Bevölkerung den Integrationsprozess eigenständig mitgestalten kann
Sicherung der Finanzierung von Integrationsangeboten

«Kontakte knüpfen heisst Arbeit leisten – Arbeit mit Menschen!»

» Wissen – die Brücke zum Neuen

Wissen, wie die neue Umgebung funktioniert, wissen, wie Wissen geholt und Informationen beschafft werden, wissen, wo die Kinder zur Schule gehen, wie man sich anmeldet und was man selber tun muss. Wissen, wo Arbeit ausgeschrieben, Wohnungen vermietet, Versicherungen abgeschlossen und Sprachkurse angeboten werden. Wissen, wie das Gesundheitswesen funktioniert, wo Lehrpersonen zu sprechen und Beamte zu befragen sind. Verstehen, was Ärztinnen und Ärzte empfehlen und warum Menschen abweisend oder zugeneigt, feindlich oder hilfreich und

verbündet sind. Informationen und Dialog bilden die Brücke zwischen der einheimischen und der ausländischen Wohnbevölkerung. Offenheit hilft allen, die neu ankommen, sich im ungewohnten und meist fremden Lebensumfeld Orientierungspunkte und Vertrautheit zu verschaffen. Dabei müssen sowohl die Unterschiede als auch die Gemeinsamkeiten benannt werden: Frauen schaffen sich ihr Umfeld nicht gleich wie Männer, Mädchen anders als Jungen. Integrationsangebote müssen diesen Unterschieden Rechnung tragen.

Grundsatz

Die Stadt Burgdorf hat eine offene Willkommenskultur, die das Verständnis und die Toleranz zwischen der einheimischen und ausländischen Wohnbevölkerung unterstützt. Die Stadt Burgdorf kommuniziert und informiert offen und verständlich und baut jene Hürden ab, die den Dialog mit der Bevölkerung behindern. Sie schafft alle Voraussetzungen für eine sachliche und bedarfsgerechte Information und berücksichtigt dabei die Sprachenvielfalt. Ihre besondere Sorgfalt gilt neu zugezogenen Bewohnerinnen und Bewohnern, denn sie sollen trotz sprachlichen und kulturellen Verschiedenheiten mit Burgdorf vertraut werden.

» Handlungsbedarf

Koordination der Informationen innerhalb der Verwaltung und weiteren mit Integrationsaufgaben betrauten Institutionen

Informationen über das politische System Burgdorfs und seine Gremien, sowie ein Veranstaltungskalender in möglichst vielen Sprachen

Unterstützung von Übersetzungsangeboten

«Viel Eigeninitiative ist nötig, um sich zurecht zu finden...»

» Menschen handeln politisch

Gesellschaftliche und politische Mitbestimmung ist neben Arbeit, guten Lebensbedingungen und Anerkennung, ein wirksames Instrument, um Menschen unterschiedlicher Herkunft, Anschauungen und Gewohnheiten in eine Gemeinde zu integrieren. Das Grundprinzip heisst Gegenseitigkeit – geben und nehmen. Wer einen Beitrag an das Wohl des Gemeinwesens leistet, darf an der Mitbestimmung nicht gehindert werden. Das gilt auch für die ausländische Wohnbevölkerung. Mitbestimmen und mitwirken heisst, das politische System und die gesellschaftlichen Gepflogenheiten zu kennen und Mitverantwortung zu übernehmen. Aber nur wenige Kantone wollen dies anerkennen – auch der

Kanton Bern knüpft die politische Beteiligung der ausländischen Wohnbevölkerung an das Schweizer Bürgerrecht.

Viele Menschen kommen aus nicht-demokratischen Systemen nach Burgdorf und Partizipationsformen sind ihnen oft unbekannt. Doch ist Mitbestimmen für alle lernbar und die gesellschaftlichen und politischen Beiträge der ausländischen Wohnbevölkerung sind in Burgdorf erwünscht. Sie soll ihre Forderungen und Anliegen in Elternräten, Quartierkommissionen, Fachgruppen oder in der Planung gemeinsamer politischer Projekte einbringen können.

Grundsatz

Die Stadt Burgdorf weiss, dass die politische Ausgrenzung ihrer ausländischen Bevölkerung die Integration behindert. Die Behörden fördern deshalb die gleichberechtigte Teilhabe aller Bewohnerinnen und Bewohner in politischen und gesellschaftlichen Entscheiden. Sie nutzen die gesetzlichen Spielräume, um der ausländischen Wohnbevölkerung in möglichst vielen Entscheidungsgremien Einsitz und das Stimmrecht zu ermöglichen.

» Handlungsbedarf

Einbürgerungen werden innert 3 Monaten definitiv behandelt, eröffnet und an den Kanton weitergeleitet

Schaffen eines Migrationsforums

Bewerbung beim Kanton als Pilotgemeinde bezüglich der Einführung des Stimm- und Wahlrechts für Ausländerinnen und Ausländer

Gestalten eines Antragsrechts an das Gemeindeparlament

«Wohnungssuche: Keine Tiere... keine Ausländer...»

» **Konflikte brauchen faire Lösungen**

Wo Menschen gleicher Sprache, mit gleicher Herkunft und ähnlichen Auffassungen zusammen leben, sind Konflikte und Auseinandersetzungen an der Tagesordnung. Wo Menschen mit ungleich kulturell geprägten Werten, verschiedensten Sprachen und unterschiedlicher Herkunft zusammenleben, führen Missverständnisse zu Konflikten, die manchmal auch tötlich ausgetragen werden.

Differenzen mit Ausländerinnen und Ausländern werden oft mit kultureller Andersartigkeit erklärt. Hürden jedoch – etwa ein schwierig zu verstehendes Schul- und Gesundheitssystem oder nicht verständliche Entscheide von Behörden – vermitteln Gefühle der Abwertung. Vorurteile und diskriminierende

Ausgrenzungen in wichtigen Fragen wie Wohnen, Arbeit oder Bildung lösen häufig Konflikte aus und bewirken, dass die betroffenen Menschen mit Rückzug, Flucht in die Isolation, Aggression oder Angst reagieren. Konflikte, die früh erkannt und fair ausgetragen werden, sind stets ein wirksamer Lernprozess und vermitteln wesentliche Anstöße zu einem fruchtbaren Integrationsprozess.

Friedliches und gewaltfreies Zusammenleben muss von allen Bewohnerinnen und Bewohnern verantwortlich mitgestaltet werden, es braucht sorgfältiges Lenken und sichtbare Vermittlung.

Grundsatz

Die Stadt Burgdorf will Konflikte zwischen der ausländischen Bevölkerung und den Behörden abbauen, die durch eine ausgrenzende staatliche Gesetzgebung entstehen. Burgdorf setzt alles daran, damit Probleme zwischen Individuen und Gruppen, welcher Herkunft auch immer, früh erkannt und mit Sorgfalt bearbeitet werden. Dabei sollen die Gemeinsamkeiten zwischen der einheimischen und der ausländischen Bevölkerung gestärkt, Differenzen ausgesprochen, Vorurteile sichtbar gemacht und Lösungen gesucht werden.

» **Handlungsbedarf**

- Aktive Mitbeteiligung von Migrationsorganisationen an Integrations- und Konfliktlösungsprozessen
- Migrationsfest als fixer Bestandteil im Städtischen Veranstaltungskalender
- Schaffung eines Kulturhauses für kulturelle Anlässe
- Einsatz von Kulturvermittlerinnen, Streetworkern und Schulsozialarbeitenden

«Kein Mensch – nirgendwo – lebt ohne Arbeit!»

» **Erwerbsarbeit – ein Schritt zur Unabhängigkeit**

«Integration durch Arbeit» heisst eine wichtige Forderung. Zu Recht, denn kein Mensch, nirgendwo, lebt ohne Arbeit. Wer Arbeit hat, erwirbt sich Anerkennung und Wertschätzung.

Fehlende Arbeitsplätze und das partielle Arbeitsverbot für Asylsuchende verhindern oft, dass ausländische Bewohnerinnen und Bewohner Arbeit finden. Wer jedoch über längere Zeit erwerbslos ist, verliert seine beruflichen Fähigkeiten, fühlt sich nutzlos und

einsam. Depression und Krankheit können die Folge sein. Beziehungen zu anderen Menschen und die Kontakte zur Aussenwelt werden schwierig oder abgebrochen.

Arbeit und ein geregelter Tagesablauf bedeuten im neuen Umfeld für ausländische Frauen und Männer daher nicht nur materielle Unabhängigkeit, sondern auch die Wahrung ihrer Würde und ihres Selbstbewusstseins.

Grundsatz

Die Stadt Burgdorf fördert den Zugang zur Erwerbstätigkeit für ihre ausländische Wohnbevölkerung. Sie unterstützt und stellt spezifische Angebote bereit für erwerbslose ausländische Personen, damit sie ihre berufliche und gesellschaftliche Integration und Weiterbildungsangebote wahrnehmen können. Jugendliche, Alleinerziehende und Frauen erhalten entsprechend ihren Fähigkeiten besondere Unterstützung auf dem Arbeitsmarkt.

» **Handlungsbedarf**

- Verleihen eines Labels zur Auszeichnung von integrationsfördernden Institutionen, Unternehmen und Verwaltungszweigen der Stadt Burgdorf
- Berücksichtigung der ausländischen Wohnbevölkerung bei der Vergabe von Arbeitsplätzen in der Verwaltung
- Förderung von Praktikumsplätzen für jugendliche und erwachsene Ausländerinnen und Ausländer
- Besondere Massnahmen für Jugendliche und Frauen



«Der Schlüssel zur Integration ist die Sprache»

» Sprache lernen – das Umfeld verstehen

Die deutsche Sprache sprechen und sich mitteilen können, sind wesentliche Bedingungen für das Vertrautwerden mit Burgdorf und seiner Bevölkerung. Mangelnde Sprachkenntnisse führen dazu, dass die eigene ethnische Gruppe zum einzigen Zufluchtsort wird und man sein Leben lang ein Fremder, eine Fremde bleibt.

Da schulisches Lernen für viele Menschen oft mit Schwierigkeiten verbunden und die Lernmethoden häufig fremd sind, unterliegen Lernende leicht der Verführung, sich mit einem geringen Wortschatz zufrieden zu

geben. Damit der Spracherwerb nicht zur unüberwindlichen Hürde wird, braucht es verschiedene Angebote, die sich an den Bedürfnissen der ausländischen Bevölkerung orientieren. Eine neue Sprache wird zudem leichter verstanden, wenn gleichzeitig die eigene, vertraute, einheimische Sprache weiterhin gepflegt werden kann.

Die Fähigkeit, sich selbständig mit den Rechten und Pflichten am neuen Lebensort auseinander zu setzen und diese zu verstehen, hilft, sich heimisch und akzeptiert zu fühlen.

Grundsatz

Frauen, Männer und Kinder, die sich neu in Burgdorf niederlassen, haben das Recht und die Pflicht, die deutsche Sprache zu lernen und Wissen über ihr neues Umfeld zu erwerben. Um die Integrationshilfen wirksam zu gestalten, orientieren sich die Behörden an den Angeboten und Vorgaben des Kantons, von Hilfswerken und weiteren Fachinstitutionen. Sie nehmen bei der Gestaltung von Lernprogrammen Rücksicht auf die unterschiedlichen Fähigkeiten, die möglichen Lernbarrieren und die Alltagsbelastung der Lernenden. Kinder und Jugendliche haben das Recht auf besondere Förderung durch die Schule.

» Handlungsbedarf

Heimatsprachlicher Unterricht wird Kindern und Erwachsenen angeboten

Angebote von Sprachkursen koordinieren

Eltern stehen während der Kurse Betreuungsdienste unentgeltlich zur Verfügung

Sprach- und Wissenserwerb in Industrie und Gewerbe wird unterstützt

Sprach- und Wissenserwerb wird den unterschiedlichen Bedürfnissen der Lernenden angepasst

» Impressum

Das Leitbild Integration wurde erarbeitet durch ein Projektteam unter der Leitung von Ueli Arm, Gemeinderat Ressort Soziales und Gesundheit.

Projektmanagement:
Ruth-Gaby Vermot, Büro Hekate Bern

Arbeitsgruppe:

- Andrea Probst, Vertreter ev. ref. Kirchgemeinde
- Vivekanantha Poopalapillai, Vertreter MigrantInnen
- Frank Richter, Vertreter Soziale Dienste
- Gabriela Rutschmann, Leiterin Durchgangszentrum
- Nurhan Shehu, Vertreterin MigrantInnen
- Marianne Stettler, Vertreterin Schulen

Umsetzung: Andreas Diggelmann, Leiter Soziale Dienste

Projektstart: November 2002
Genehmigung Gemeinderat: November 2003
Orientierung Stadtrat: März 2004

Fotos:

Die Bilder stammen von Burgdorfer Schülerinnen und Schülern